

A15 Neu Ä2-ModÜ, 3, 4, 5...

Antrag

Initiator*innen: Tobias Goldschmidt (KV Plön)

Titel: **Für ein robustes und umfassendes
Sicherheitsversprechen des Staates an seine
Bürgerinnen und Bürger**

Antragstext

1 Der seit drei Jahren fortwährende brutale Angriffskrieg Putins gegen die
2 Ukraine, die neue Rolle der USA unter Trump und die sich rasant verschärfenden
3 sozialen und ökologischen Krisen unserer Zeit stellen die Menschen in
4 Deutschland, Europa und der Welt vor in der Komplexität bisher nicht dagewesene
5 Herausforderungen.

6 Im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts ist die Welt unsicherer geworden. Das
7 nach Ende des Kalten Krieges herbeigesehnte „Ende der Geschichte“ und der damit
8 verbundene Siegeszug der Demokratie westlicher Prägung in einer multipolaren
9 Welt sind eine unerfüllte Hoffnung geblieben.

10 In der jetzt vor uns liegenden Dekade braucht es umso mehr politische
11 Entschlossenheit, europäische Integration und ein ebenso gestärktes wie
12 inhaltlich erweitertes Sicherheitsversprechen des Staates an seine Bürger*innen.
13 Dieses robuste Sicherheitsversprechen muss neu definiert werden und geht weit
14 über militärische Sicherheit hinaus.

15 Aus diesem Verständnis leiten sich für Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein
16 folgende Punkte ab:

17 **Der neuen Sicherheitsarithmetik robust begegnen**

- 18
- Putins Krieg gegen die Ukraine ist ein Angriff auf unseren Frieden, auf

19 die europäische Einheit, auf unsere freie, offene und demokratische
20 Gesellschaft. Deutschland muss fest an der Seite der Ukraine stehen - mit
21 diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung.

- 22 • Die Zeichen aus den USA sind eindeutig: Europa muss noch stärker in die
23 Verantwortung gehen. Deshalb passt es nicht mehr in die Zeit, dass
24 Verteidigung und Bevölkerungsschutz durch die starren Regeln der
25 Schuldenbremse und den europäischen Fiskalregeln ausgebremst werden. Wir
26 begrüßen die Einigung zwischen CDU/CSU, der SPD und uns Grünen über eine
27 Reform der Schuldenbremse und der Einrichtung von Sondervermögen um mehr
28 Investitionen in Sicherheit und Infrastruktur zu ermöglichen. Wir begrüßen
29 die Initiativen der EU Kommission ReArm Europe und SAFE als einen
30 wichtigen Schritt zu einer gemeinsamen europäischen
31 Sicherheitsarchitektur. Doch das kann nur der Anfang sein: Wir brauchen
32 eine Reform der europäischen Fiskalregeln wie eine größere Reform der
33 Schuldenbremse und gemeinsame Finanzierungsinstrumente auf europäischer
34 Ebene.

- 35 • Insbesondere Schleswig-Holstein als Ostsee-Anrainer braucht gut
36 ausgestattete Sicherheitsbehörden, eine starke Bundeswehr und eine gut
37 sortierte NATO. Wir werden die Bundeswehr, ebenso wie die Polizei, den
38 Verfassungsschutz und die Organisationen des Bevölkerungsschutzes hier im
39 Land weiter nach Kräften unterstützen.

- 40 • Der digitale Raum kennt keine Landesgrenzen. Putin und andere Autokraten
41 greifen unsere Infrastrukturen gezielt an. Spionage und Sabotage sind
42 längst an der Tagesordnung. Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie beweist
43 sich auch hier. Daher setzen wir uns weiterhin für einen effektiven und
44 einheitlichen Schutz von Bevölkerung, Behörden und Betrieben ein. Die neue
45 Bundesregierung fordern wir auf, die NIS2- und die CER-Richtlinie der EU
46 umgehend in nationales Recht umzusetzen und schnellstmöglich ein Kritis-
47 Dachgesetz vorzulegen. Um den Kritis-Schutz in Schleswig-Holstein zu
48 stärken, regen wir die Schaffung einer dauerhaften Plattform an, die den
49 Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Sicherheits- und
50 Aufsichtsbehörden, Organisationen des Zivil- und Bevölkerungsschutzes,
51 Verwaltungen, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die viel
52 Know-How einbringen, institutionalisiert fördert.

- 53 • Sanktionen gegen Putin müssen europäisch strikt durchgesetzt werden. Die
54 Düngemittelimporte aus Russland sind nichts anderes als eine Umgehung des

55 europäischen Energieembargos, die unsere Landwirtschaft abhängig machen.
56 Neben Drohnenüberflügen zu Spionagezwecken ist Russlands Schattenflotte
57 auf der Nord- und Ostsee eine konkrete Gefahr für unsere kritische
58 Infrastruktur und im Falle einer Havarie auch für die ohnehin massiv
59 geschädigte Meeresumwelt. Deshalb fordern wir eine effektive Kontrolle der
60 Schiffe, Lotsenpflichten und europäische Sanktionen gegen die
61 Schattentanker sowie die Einführung einer Versicherungspflicht für Schiffe
62 in deutschen Gewässern.

63 **Sicherheitsorientierte Energiepolitik**

- 64 • Die Energieabhängigkeit Deutschlands von Öl- und Gasimporten hat uns
65 verwundbar gemacht. Wir werden den eingeschlagenen Weg der Umstellung auf
66 Erneuerbare Energien (sowie der Diversifizierung) weitergehen. Damit
67 stärken wir die Resilienz des Wirtschaftsstandortes Deutschland und machen
68 auch unsere Infrastruktur weniger anfällig.
- 69 • Schleswig-Holstein wird als Wind- und Küstenland auch künftig seiner
70 besonderen Verantwortung gerecht. Wir erwarten von der neuen
71 Bundesregierung, dass sie die in der abgelaufenen Wahlperiode auf den Weg
72 gebrachte Entfesselung der Erneuerbaren Energien im Sinne des
73 Wirtschaftsstandortes Deutschland, der Menschen im Land und ihrer
74 sicherheitspolitischen Bedeutung ungebremst fortsetzt und die Verwendung
75 Erneuerbarer Energien in allen Sektoren voranbringt. Erneuerbare Energien
76 müssen bei der Diversifizierung immer Vorrang haben. Eine Abkehr von
77 dieser Linie würde Schleswig-Holstein schaden und ist mit uns nicht zu
78 machen.

79 **Klima- und Artenschutz sowie Klimaanpassung aktiv angehen**

- 80 • Die Klima- und Biodiversitätskrise gehören international zu den größten
81 Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit. Sie gefährden die
82 Ernährungssicherheit und könnten Teile der Erde unbewohnbar machen.
83 Organisationen wie die NATO, die Weltbank und die Vereinten Nationen
84 weisen mit Nachdruck darauf hin. Klima- und Artenschutz sind eine
85 Grundvoraussetzung für internationale Sicherheit und Stabilität.
- 86 • Klimaschutz und Klimaanpassung sind mit hohen Investitionen verbunden.

87 Eine Reform der Schuldenbremse ist eine unerlässliche Voraussetzung dafür,
88 die Gesellschaft auf dem Weg der Transformation zusammenzuhalten. Für uns
89 ist klar: Sondervermögen und Reformen der Schuldenbremse müssen ein
90 Geschenk an die Zukunft sein und dürfen nicht zur schweren Hypothek für
91 künftige Generationen werden. Ihnen ist nicht damit geholfen, über perfekt
92 sanierte Verkehrswege durch tote Landschaften zu fahren. Deshalb müssen
93 Klimaschutz und Artenvielfalt ebenso finanziert werden, wie andere
94 Infrastrukturen.

95 • Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 hat Schleswig-Holstein einen Weg zur
96 Klimaneutralität beschrieben, den es jetzt engagiert und in allen Sektoren
97 konsequent zu beschreiten und auszufinanzieren gilt.

98 • Etwa ein Viertel Schleswig-Holsteins ist akut hochwassergefährdet. Die
99 bestehenden wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie die
100 Hochwasserschutzanlagen sind den Anforderungen infolge des Klimawandels
101 nicht mehr gewachsen. Wir werden uns weiter für einen zukunftsfähigen
102 Küsten- und Hochwasserschutz einsetzen, im Sinne der Sicherheit der
103 Menschen in unserem Land. Dabei setzen wir insbesondere auf natürliche
104 Klimaanpassungsmaßnahmen, die einen Mehrfachnutzen für die Artenvielfalt,
105 den Tourismus und die Steuerzahler*innen mitbringen. Klimaanpassung macht
106 unser Land widerstandsfähiger, artenreicher und sicherer.

107 **Demokratie nachhaltig schützen**

108 • Unsere demokratische Gesellschaft steht massiv unter Druck. Sie wird von
109 innen wie außen bedroht. Die diversen Krisen der vergangenen Jahre
110 überlagern sich zunehmend. Immer häufiger wird dabei auch die Demokratie
111 selbst infrage gestellt. Dem setzen wir uns entschieden entgegen und gehen
112 die komplexen Herausforderungen an. Dafür braucht es neben der
113 regelmäßigen Überprüfung und Weiterentwicklung verfassungsrechtlicher
114 Schutzmechanismen auch Maßnahmen zur Stärkung der politischen Bildung:
115 auskömmliche Projektbudgets, starke Bildung für nachhaltige Entwicklung
116 und mehr und besserer Politikunterricht an Schulen stärken unsere
117 Demokratie und machen unser Land sicherer. Vereine, Verbände und
118 Initiativen sind der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Wir
119 unterstützen sie und ermuntern sie auch, politisch für die Demokratie
120 einzutreten.

- 121 • Die Transformation zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft bedeutet für
122 viele Menschen große Anstrengungen. Deshalb fordern wir auf Bundesebene
123 einen Bürgerrat zur Vorbereitung eines breit getragenen
124 Transformationskonsenses, der insbesondere Fragen der Lastenteilung,
125 sozialen Flankierung und Finanzierungsverantwortung beinhaltet. Der
126 gesellschaftliche Zusammenhalt bleibt der wichtigste Schutz gegen Angriffe
127 auf unsere demokratischen Errungenschaften. Deshalb braucht es
128 einen parlamentarisch möglichst breit getragenen Konsens, der der Spaltung
129 unseres Landes entgegenwirken kann.
- 130 • Unser Staat steht vor großen Zukunftsaufgaben – und wird zugleich häufig
131 als behäbig empfunden. Ein funktionierender Staat stärkt durch seine
132 menschenzentrierte und effiziente Verwaltung demokratische Stabilität. Die
133 Umsetzung bereits getroffener Entscheidungen muss für die Bürger*innen
134 spürbar sein und sie entlasten. Dazu gehören effektiver Umwelt- und
135 Klimaschutz, eine schnelle Digitalisierung, eine zeitgemäße Bildung, gute
136 Gesundheit, armutsfeste Einkommen und eine fairere Lastenverteilung. Hier
137 braucht es keine blinde Deregulierung, sondern strukturelle Reformen und
138 mehr Schub bei der Digitalisierung, um schon lange festgeschriebene Ziele
139 besser durchzusetzen.
- 140 • Eine starke Demokratie lebt auch von Beteiligung. Doch viele Menschen
141 fühlen sich politisch nicht mehr gehört – ein Gefühl, das populistische
142 und rechtsextreme Kräfte gezielt ausnutzen. Dem müssen wir aktiv
143 entgegenwirken. Politik muss Räume schaffen, in denen Bürger*innen sich
144 ernst genommen fühlen und relevant mitgestalten können. Es braucht neben
145 klassischen Formaten innovative und zeitgemäße Beteiligungsmöglichkeiten,
146 um auch jene einzubinden, die sich Beteiligung bisher nicht leisten können
147 – sei es aus Zeit- oder finanziellen Gründen. Digitale Plattformen,
148 aufsuchende Formate und Dialoge in Betrieben oder Quartieren wollen wir
149 unterstützen und neue Formate „out of the box“ entwickeln.

150 **Kindern und Jugendliche stark machen**

- 151 • Die Herausforderungen unserer Zeit werden die Kinder und Jugendlichen von
152 heute ihr ganzes Leben begleiten. Darauf müssen wir sie vorbereiten und
153 dabei müssen wir sie mitnehmen. Die Bedürfnisse von Kindern und
154 Jugendlichen gehören in den Mittelpunkt. Wir müssen aus den Erfahrungen
155 der Coronazeit lernen und sowohl die Rechte von Kindern und Jugendlichen,
156 als auch die Aufwachsens- und Entwicklungsbedingungen in den Blick nehmen.

157 In Krisenjahren ist es besonders wichtig, dass Kinder und Jugendliche auch
158 positive und altersangemessene Erfahrungen machen und Freiheiten erfahren
159 können. Deshalb müssen Kindertagesbetreuung, Ganztagsbetreuung, Angebote
160 der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und auch Kinder- und Jugendfreizeiten
161 angemessen unterstützt und gestärkt – und wo notwendig auch
162 infrastrukturell modernisiert werden. Auch sie stärken unsere Demokratie
163 und damit unser Land.

164 **Arbeitsmarktintegration**

165 • Der demografische Wandel stellt Deutschland vor Herausforderungen, denen
166 wir vorausschauend begegnen müssen. Unsere Gesellschaft altert. Diese
167 Tendenz wurde zwar durch Zuwanderung und Geburten etwas abgebremst.
168 Dennoch stehen wir in Bereichen der Infrastruktur, des Wohnungsbedarfes,
169 der Sozial- und Gesundheitssysteme vielschichtigen Herausforderungen
170 gegenüber. Wir machen uns daher für eine schnellere und
171 nachhaltigere Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt stark und
172 begrüßen, dass sich Schleswig-Holstein bereits auf den Weg gemacht hat:
173 Die Verstetigung des Pilotprojekts „Grundkompetenzscreening“ in den
174 Landesunterkünften, die Überwindung bürokratischer Hürden und insbesondere
175 die Anerkennung von Berufsqualifikation sind wesentliche Bausteine, damit
176 Integration vom ersten Tag an funktionieren kann.

177 **Desinformationen stoppen und vorbeugen**

178 • Der digitale Raum und insbesondere die großen sozialen Netzwerke in den
179 Händen weniger Milliardäre werden zunehmend zur Gefahr für Demokratie und
180 Meinungsfreiheit. Der Feldzug gegen die liberale, rechtsstaatliche
181 Demokratie wird längst aus den sozialen Netzwerken heraus geführt.
182 Extremisten verbinden sich mit autoritären Regimen, manipulieren Diskurse
183 und verbreiten gezielt Desinformation. Eine wehrhafte Demokratie erfordert
184 eine starke und transparente Regulierung dieser Plattformen. Neben guten
185 gesetzlichen Grundlagen braucht es starke Aufsichtsbehörden, um diese auch
186 durchsetzen. Der grüne Weg der digitalen Souveränität soll weitergegangen
187 werden. Unserer Landesverwaltung kommt dabei eine Vorbildrolle zu.

188 • Die öffentlich-rechtlichen Medien ebenso wie ein breites Portfolio
189 privater Medien sind wesentliche Hüter des demokratischen Diskurses. Wir
190 werden uns dafür einsetzen, die Medienvielfalt im Land ebenso zu stärken,
191 wie die Pressefreiheit und die öffentlich-rechtlichen Medien geschützt

192 werden müssen. Insbesondere die Präsenz journalistisch hochwertiger
193 öffentlich-rechtlicher Medienangebote in den sozialen Netzwerken muss
194 ausgebaut werden.

195 Gesundheitssystem krisenfest machen

- 196 • **Spätestens seit der Coronapandemie und durch den steigenden**
197 **Fachkräftemangel gibt es eine Debatte um die Schwächen unseres**
198 **Gesundheitssystems, insbesondere in der Fläche. Für eine Vorbereitung auf**
199 **weitere Krisen ist es wichtig, dass wir uns auch hier auf Notsituationen**
200 **einstellen und die Versorgung stärken. Neben funktionsfähigen und**
201 **krisenfesten Krankenhäusern, gehört auch eine resiliente Notfallversorgung**
202 **mit Integrierten Notfallzentren (INZ), Notdienstpraxen und ambulanter**
203 **Versorgung zu einer krisenresilienten Gesellschaft.**

- 204 • **Dreh- und Angelpunkt in der Koordination von gesundheitsgefährdenden Lagen**
205 **wie einer Pandemie oder einer militärischen Auseinandersetzung ist der**
206 **Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD). Neben den Ministerien haben die**
207 **Gesundheitsämter eine zentrale Verantwortung auch außerhalb von**
208 **Krisensituationen und müssen gestärkt werden. Der Bund-Länder-Pakt für den**
209 **ÖGD muss deshalb auch über das Jahr 2027 verlängert und ausfinanziert**
210 **werden.**

- 211 • **Ein besonderes Augenmerk auch auf die Arzneimittelversorgung gelegt**
212 **werden, die sehr stark von internationalen Lieferketten abhängt und**
213 **deshalb bei internationalen Krisen besonders anfällig ist. Wir setzen uns**
214 **deshalb dafür ein, dass die Wirkstoff- und Arzneimittelproduktion, sowie**
215 **Forschung in der Europäischen Union gestärkt und insbesondere wichtige**
216 **Arzneimittel (z.B. Antibiotika) wieder primär in Europa produziert werden.**

Begründung

Grüne in SH machen seit langem auf die sich rasant ändernde Sicherheitslage und das bundesweit zu enge Sicherheitsverständnis aufmerksam. Wiederholt wurden konkrete Vorschläge zur Erhöhung der Resilienz und Wehrhaftigkeit unserer Demokratie vorgelegt. Angesichts der jüngsten Ereignisse machen wir unsere Haltung mit diesem Antrag nochmal sehr klar und entwickeln unsere Position weiter.

Unterstützer*innen

Dirk Kock-Rohwer (KV Plön), Joschka Knuth (KV Flensburg), Mathias Schmitz (KV

Pinneberg), Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg), Steffen Regis (KV Kiel), Rebecca Bräutigam (KV Rendsburg-Eckernförde), Silke Backsen (KV Nordfriesland), Ralf Hübner (KV Pinneberg), Philipp Schmagold (KV Plön), Marilla Meier (KV Lübeck), Dietmar Gosch (KV Stormarn), Stephan Wisotzki (KV Lübeck), Luca Brunsch (KV Kiel), Silke Schneider (KV Lübeck), Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn), Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg), Josefine Möller (KV Steinburg), Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde), Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg), Kurt Reuter (KV Stormarn), Moritz Bührmann (KV Kiel), Karl-Martin Hentschel (KV Plön), Sophia Marie Pott (KV Lübeck), Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg), Fabian Osbahr (KV Segeberg), Andreas Bartelt (KV Segeberg), Silke Schiller-Tobies (KV Kiel), Kai Gaertner (KV Stormarn), Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg), Jörn Pohl (KV Kiel), Malte Krüger (KV Steinburg), Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg), Jan Kürschner (KV Kiel), Gazi Freitag (KV Plön), Anett Schwab (KV Plön), Maya Diederichs (KV Kiel), Ulrike Täck (KV Segeberg), Irja-Iven Meesenburg (KV Lübeck), Katrin Stange (KV Pinneberg), Vera Hanel (KV Stormarn), Ben Lüdke (KV Steinburg), Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde), Birgit Asmus-Mrozek (KV Steinburg), Daan Steinebach (KV Schleswig-Flensburg), Cornelia Bothe (KV Nordfriesland), Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg), Anne Birke (KV Schleswig-Flensburg), Carsten Nielsen (KV Flensburg), Jörg Lange (KV Schleswig-Flensburg), Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde), Annette Granzin (KV Ostholstein), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Eva-Clarita Pettai (KV Flensburg), Samet Yilmaz (KV Kiel), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Thomas Abraham (KV Neumünster), Zoé Engel (KV Kiel), Hans Heinrich Voigt (KV Neumünster), Martin Lätzel (KV Rendsburg-Eckernförde), Conny Clausen (KV Flensburg), Reimo Schaaf (KV Ostholstein), Norbert Tretkowski (KV Schleswig-Flensburg), Peer Lessing (KV Pinneberg), Marcel Beutel (KV Ostholstein)